

INHALT

VORWORT: DIE WIEDERENTDECKUNG AFRIKAS 7

TEIL I: DIE SCHLIESSUNG DER GRENZEN 17

- Unsere Partner: Mutmaßliche Kriegsverbrecher 17
Rückblick: Eine kleine Geschichte unserer Türsteher 39
Diplomatie: Monsieur Vimonts letzter Auftrag –
die Einigung mit Afrika 57

TEIL II: DIE VORBILDER 71

- Das Abkommen mit der Türkei:
Der Sechs-Milliarden-Euro-Deal 71
Israels Geschäfte: Die Ware Mensch 89
Das Abschiebe-Domino: Zurück auf Los! 100

TEIL III: EIN KONTINENT IN BEWEGUNG 109

- Die Schlepper: Ein staatlich-mafiöser Komplex 109
Migration: »Karibu Sana« –
Willkommenskultur auf Kisuaheli 116

TEIL IV: EUROPAS NEUE GRENZEN IN AFRIKA 131

- Freizügigkeit: Schengen für uns, Zäune im Sahel 131
Abschiebungen: Dann ist er eben Nigerianer 146
Entwicklungshilfe: »Wir schlagen eine Mischung
aus positiven und negativen Anreizen vor« 159
Europas Wärter: Warum Frontex
keine Grenzen kennt 170
Technologie: Neue Grenzanlagen – ein Subventions-
programm für Europas Waffenschmieden 187
Das Mittelmeer: Sterben, wo andere Urlaub machen 207

TEIL V: DIE ÖFFNUNG DER MÄRKTE 229

- Wirtschaftsförderung im Dienste der Migrationskontrolle:
Der »Merkel-Plan« mit Afrika 229
Freihandel: Euro-afrikanischer Milchkafee 241

FAZIT: EUROPAS TRÄUME, AFRIKAS TRÄUME 251

ANHANG 263

- Anmerkungen 263
Weiterführende Literatur 299
Namens- und Abkürzungsverzeichnis 301
Geografisches Register 306
Karte 310
Dank 312
Über Autor und Autorin 316

VORWORT

DIE WIEDERENTDECKUNG AFRIKAS

Der Nachbarkontinent Afrika hat die Europäer lange kaum interessiert. Er stand vor allem für Kriege, Klimawandel, Seuchen wie die tödliche Ebola-Epidemie in Westafrika 2014 oder Katastrophen wie die Hungersnot in Ostafrika 2017. Doch jetzt steht der Kontinent wieder im Fokus der Aufmerksamkeit. Von einer neuen Epoche der Partnerschaft ist zu hören.

Sie nahm ihren Anfang, als die Lage auf der Balkan-Route im Sommer 2015 eskalierte: Hunderttausende Flüchtlinge, unkontrolliert auf dem Weg nach Zentraleuropa. Kurz darauf lud die Europäische Union (EU) 33 Staatschefs aus Afrika zu einem Treffen nach Malta ein. Milliarden schwere neue Programme für Entwicklungshilfe und wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurden aufgesetzt. »Eine Situation wie im Sommer 2015 kann, soll und darf sich nicht wiederholen«,¹ sagte die Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die Panik in Europa, die die unkontrollierte Flüchtlingsbewegung über die Balkan-Route ausgelöst hatte – sie wurde auf Afrika projiziert. Und eben dort will Europa sein Migrationsproblem jetzt lösen – mit weitreichenden Eingriffen in die Länder südlich des Mittelmeers.

Afrika war schon zu Kolonialzeiten ein Ort, den die Europäer nach ihren Vorstellungen formen wollten. Fünf Meter hoch war die Karte des afrikanischen Kontinents, die im November 1884 im Tagungsraum im Berliner Reichskanzlerpalais an der Wand hing. Vertreter von 13 europäischen Staaten sowie der Vereinigten Staaten (USA) und des Osmanischen Rei-

ches waren der Einladung des deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck nach Berlin zur sogenannten Kongokonferenz gefolgt. Sie wollten die Handelsfreiheit im Einzugsgebiet der Flüsse Kongo und Niger regeln.

Als die Konferenz am 26. Februar 1885 zu Ende ging, hatten die Teilnehmer die Grundlagen geschaffen, den Kontinent untereinander aufzuteilen. Zahlreiche afrikanische Grenzen, die heute im Fokus der EU-Migrationskontrolle stehen, wurden damals von den Kolonialherren am Reißbrett gezogen. Jene, die dort lebten, wurden nicht gefragt.

Seitdem hat sich vieles verändert. Geblieben sind die kolonialen Grenzen und die alte, ebenfalls aus der Kolonialzeit stammende Angst vor dem »Schwarzen Mann«. Einst waren es die tödlichen Tropenkrankheiten aus Afrika, die die Europäer fürchteten. Heute ist es die Furcht vor der »Invasion«, der »Umvolkung«, die die Rechtsextremisten befeuern.

Sie geht einher mit der zunehmenden Furcht vor dem Terror, ausgelöst durch die Anschläge in Paris im November 2015, in Brüssel im März 2016 und auf dem Berliner Weihnachtsmarkt Ende 2016. Die Täter bekannten sich zum Islamischen Staat (IS), der heute auch in Libyen und der Sahelzone aktiv ist. Flüchtlinge und Migranten stehen in Europa unter Generalverdacht. Deshalb sind die Mittel, die im Innern gegen den Terrorismus angewandt werden – Überwachung und Kontrolle, Biometrisierung und Datensammlung – jenen so ähnlich, mit denen nach Außen die irreguläre Migration bekämpft wird.

Jedes Jahr veröffentlicht die Weltbank, wie viele Menschen in der Welt von einem Land ins andere wandern. »Migrationskorridore« nennt sie dies. Die 30 größten werden erfasst.² Nur die Bewohner eines einzigen Landes aus Afrika südlich der Sahara sind dabei: Burkinabés, die aus ihrer Heimat Burkina Faso in die Elfenbeinküste auswandern. Subsaharische Afrikaner in Europa – unter den Migranten dieser Welt ist ihre Zahl so gering, dass sie nicht in der Liste der Top 30 auftauchen, obwohl die Kontinente nur wenige Kilometer voneinander entfernt liegen.

245000 Afrikaner beantragten 2016 Asyl in Europa.³ Das sind etwa so viele Menschen, wie in Hamm oder Saarbrücken leben. Keine große Zahl für die EU mit ihrer halben Milliarde Einwohner. Doch seit 2010 hat sich die Zahl der jährlich ankommenden Afrikaner mehr als verdoppelt. Und viele fürchten: So wird es weitergehen.

Bis 2050 wird die Bevölkerung des Kontinents auf mehr als 2,2 Milliarden wachsen, prognostizieren die Vereinten Nationen (UN).⁴ »Dramatisch zunehmen« könnte die Migration aus Afrika, sagte der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) im Oktober 2016. Im Juni 2017, der Bundestagswahlkampf steht vor der Tür, wird er konkreter: »Bis zu 100 Millionen Menschen«⁵ könnten sich in Afrika auf den Weg nach Norden machen, wenn der Klimawandel nicht verlangsamt werde. Eine Zahl, monströs, aber bewusst gesetzt, um Ängste zu schüren.

Denn die Menschen, um die es geht, sind schwarz. Carlos Lopes, bis vor Kurzem UN-Chefökonom für Afrika, erinnert daran, dass im vergangenen Jahrzehnt Hunderttausende Arbeitsmigranten aus Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru nach Spanien kamen. Es war dieselbe Zeit, in der das südeuropäische Land, das nur wenige Kilometer von Afrika entfernt liegt, mit seinem »Plan África« (→ *Kapitel: Rückblick*) die Migration aus Westafrika stoppte. Einwanderung aus Lateinamerika dagegen ließ es zu. Eine »kulturelle Wahl«, sagt Lopes zu dieser Entscheidung: »Es gab keine Angst vor Migranten, sondern vor Afrikanern.«⁶

Diese Angst ist – so wie die vor Muslimen – einer der Nährstoffe für den Rechtsruck, der das politische Gefüge in vielen Ländern Europas erschüttert hat. Die Debatte um Zuzug, offene Grenzen und Flüchtlingsschutz hat die EU als Projekt insgesamt möglicherweise stärker unter Druck gesetzt als selbst die Eurokrise 2010.

Den Deutschen drohe, »in weniger als einer Generation« im erwerbsfähigen Alterssegment »eine Minderheit im eigenen

Land« zu werden, sagt der Juraprofessor Ralph Weber. Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern holte er in seinem Wahlkreis Vorpommern-Greifswald III an der Ostseeküste 35 Prozent⁷ aller Stimmen. Weber rechnet vor: Bis 2017 dürften 3,5 Millionen »illegale Zuwanderer« ins Land gekommen sein. Wenn die sich in der »lebensbejahenden Verbreitungsstrategie, die diesen Völkern eigen ist, ausbreiten, also vier bis fünf Kinder in zehn Jahren«, gebe es bald »elf bis zwölf Millionen illegale Zuwanderer und deren Nachfolger«. Eine haltlose Argumentation, wie sie unter Rechtsextremen weit verbreitet ist. Doch genau das, behauptet Weber, seien die Dinge, die die Menschen bei seinen vielen Wahlveranstaltungen im äußersten Nordosten der Republik angesprochen hätten.

Die Angst vor den Afrikanern und muslimischen Einwanderern, sie buchstabiert sich selten so offen aus wie im AfD-Wahlkampf von Ralph Weber. Doch ihre Verbreitung nimmt zu. Sie ist der Antrieb für immer weitergehende Versuche, Migration in einer globalisierten Welt wieder unter Kontrolle zu bekommen. Und zwar vor allem aus und in Afrika. Denn die meisten der teils riesigen Migrationskorridore auf der Weltbank-Liste sind völlig geräuschlos. Niemand nimmt an den Bewegungen der Menschen Anstoß. Dass sie wandern, wird akzeptiert.

Im Jahr 2004 widmete die für Bildung, Wissenschaft und Kultur zuständige UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) Afrika eine Tagung. Ihr Titel: »Der vergessene Kontinent«. Damals war das fast ein Synonym für Afrika. Das ist vorbei. Afrika ist in den Mittelpunkt des europäischen Interesses gerückt.

Im Grunde ist dies eine gute Nachricht. Sie könnte, zum Beispiel, dazu führen, dass über die größte Hungerkatastrophe seit Bestehen der UN gesprochen wird, die 2017 in Afrika Millionen Menschen bedrohte. Oder über die Lage in Uganda, einem kleinen Land, wo zu Beginn 2017 das größte Flüchtlingslager der Welt aus dem Boden gestampft wurde, aber die Mittel fehlen, um die Menschen zu ernähren. Doch diese Dinge sind

kein Thema für weite Teile der Öffentlichkeit und viele Politiker in Europa.

Sie interessiert, was getan werden kann, damit keine Flüchtlinge kommen. Der milliardenschwere EU-Türkei-Deal (→ *Kapitel: Das Abkommen mit der Türkei*) soll dafür Modell stehen. Das Abkommen hat viele empört. Seine Kritiker klangen dabei häufig so, als habe Europa mit dem türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdoğan eine neue, besonders verwerfliche Praxis der Abschottung begonnen. Tatsächlich aber nimmt die EU schon seit langer Zeit Staaten in ihren Dienst, aus denen die Migranten und Flüchtlinge nach Europa kommen – mit »Nachbarschaftsverträgen«, »Arbeitsabkommen« und »Partnerschaftsrahmen«. Anders als die Abmachung mit der Türkei hat dies die Öffentlichkeit nie interessiert. Die einzige Ausnahme war der Vertrag zwischen Italiens damaligem Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi und Libyens Diktator Muammar Gaddafi 2008. Berlusconi stellte Gaddafi Milliarden Euro in Aussicht. »Weniger Flüchtlinge – mehr Öl«, sagte Berlusconi damals, das sei der Deal.

Heute ist es die EU, die mit Hochdruck daran arbeitet, solche Abkommen mit vielen Staaten Afrikas abzuschließen. Für Flüchtlinge wird es so immer schwieriger, Schutz zu finden. Und für Arbeitsmigranten wird es immer gefährlicher, an Orte zu gelangen, an denen sie ein Einkommen suchen können. Doch das ist nicht die einzige Folge. Je mehr Europa versucht, die Migration zu kontrollieren, desto schwieriger wird es für viele Afrikaner, sich innerhalb ihres eigenen Kontinents, ja selbst innerhalb ihres eigenen Landes frei zu bewegen.

Dieses Buch handelt von diesem neuen Umgang mit Afrika. Doch das, was darin beschrieben ist, ist europäische Innenpolitik.

Seit die EU sich zusammenschließt, wachsen ihre Grenzen schneller als sie selbst. Zuerst verhielt sie sich wie ein Nationalstaat: Sie kontrollierte die Zugänge zum eigenen Territorium. Doch das reichte irgendwann nicht mehr. Weil sie die

Migration von außen im Innern nicht kollektiv zu regeln vermochte, versucht sie jetzt stattdessen, Migrationsbewegungen in ihre Richtung zu verhindern, vor allem in Afrika. Erst sollten die Transit-, dann die Herkunftsregionen dafür sorgen, dass möglichst wenige Menschen zum Schengen-Raum vordringen konnten. Ein Plan voller Hybris.

Die EU bietet dafür immer mehr Geld. Rund zwei Milliarden Euro waren es seit dem Beginn des Jahrtausends bis 2015. Bis 2020 sollen mindestens weitere 14 Milliarden Euro (→ *Kapitel: Entwicklungshilfe*) hinzukommen. Die EU begleicht die Kosten, die durch die Kontrolle der Migration selbst entstehen: Lebensmittel oder Zelte für aufgehaltene Flüchtlinge, Jeeps oder Schiffe für die Grenzpolizei, Abschiebungen oder den Bau und Betrieb von Internierungslagern. Aber sie gibt noch mehr, gewissermaßen als Prämie: eine Extraportion Entwicklungshilfe für die Koalition der Willigen in Sachen Grenzschutz.

Manche Staaten Afrikas stellen deshalb die Ausreise in Richtung Europa generell unter Strafe. Manche sparen sich ein solches Gesetz und sperren Migranten einfach so ein. Manche errichten Grenzposten, wo bislang keine waren. Manche führen biometrische Pässe ein. Manche nehmen Abgeschobene aus Europa zurück, selbst wenn sie gar nicht ihre eigenen Bürger sind. Manche Staaten blockieren Migrationsrouten mit Soldaten. Manche erlauben europäischen Beamten, dies selbst zu übernehmen. Und manche schließen die Grenzen: nicht nur für Transitmigranten, sondern auch für die eigenen Bürger. Sie tun genau das, was den Staaten des einst kommunistischen Ostmittel- und Osteuropas bis heute, völlig zu Recht, als eine ihrer größten Sünden vorgeworfen wird.

Immer öfter wird das Geld, das als Gegenleistung für die Kontrolle der Migration gezahlt wird, als Official Development Assistance (ODA) – gemeinhin Entwicklungshilfe genannt – verbucht. Es ist eine Zweckentfremdung von Mitteln, die dazu da sind, Armut und Not zu lindern. Es widerspricht dem Sinn von Entwicklungshilfe auch deshalb, weil Arbeitsmigration ein

Segen für arme Länder ist. Sie bringt Geld in die Kassen der kleinen Händler und Bauern.

Diese Vermischung von Entwicklungshilfe und Migrationskontrolle wird zunehmen. »Fluchtursachenbekämpfung« ist das neue Paradigma der Entwicklungspolitik. Die afrikanische Zivilgesellschaft bekommt davon nur wenig mit. Die Verhandlungen laufen überwiegend im Geheimen.

Deutschland ist das Kraftzentrum der neuen EU-Afrika-Politik. Im Herbst 2016 reiste die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zum ersten Mal seit Langem wieder nach Afrika. Danach kamen eine ganze Reihe von afrikanischen Staatschefs und Delegationen nach Berlin. Ähnliches spielte sich in Brüssel ab. Der Kontinent bekam plötzlich mehr Aufmerksamkeit als etwa während der Ebola-Krise 2014. Als Kanzlerin Merkel im Dezember 2016 die Präsidentschaft der G20-Staatengruppe übernahm, nannte sie eine Säule ihres Programms: »Verantwortung übernehmen – besonders für Afrika«. Bis zum Sommer 2017 riss die Serie der Afrika-Konferenzen in Berlin nicht ab. Selbst Menschen, die hauptberuflich die Afrika-Politik erforschen, kamen kaum noch mit.

Die Agenda klang teils so, als sei sie im Eine-Welt-Laden geschrieben worden: »Afrika ist nicht arm, sondern wurde von uns arm gemacht« – mit solchen Sätzen wirbt Entwicklungsminister Müller für seinen »Marshallplan mit Afrika«, der die »postkoloniale Ausbeutung stoppen« soll.⁸

Neu ist diese staatliche Befassung mit Afrika nicht. Ihre »afrikapolitischen Leitlinien« inklusive der Rede vom »Kontinent der Chancen« etwa formulierte die Bundesregierung schon 2014. Auch bei den G8-Gipfeln 2005 im schottischen Gleneagles und 2007 in Heiligendamm an der Ostsee war Afrika ein Thema. Die plötzliche Ballung diplomatischer Betriebsamkeit aber hat zweifellos eine neue Qualität.

In dieser neuen Welt wächst auch die Bereitschaft, militärische Mittel zu wählen. »Die Ereignisse der letzten zwei Jahre waren ein Weckruf, den wir verstanden haben«,⁹ sagte Vertei-

digungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) im März 2017 auf einer Konferenz, die sie in Berlin mit Entwicklungsminister Müller ausrichtete. Der Satz war offen auf die Situation auf der Balkan-Route gemünzt. Würden die Probleme Afrikas nicht gelöst, »machen sich die Menschen auf den Weg, wenn sie bedroht sind«, sagte von der Leyen. Das Verteidigungs- und das Entwicklungsministerium hätten sich »in der Vergangenheit oft als Gegensätze verstanden«. Damit müsse Schluss sein. In Afrika gehen jetzt deutsche Verteidigungs- und Entwicklungspolitik Hand in Hand. Müller wies auf den Zusammenhang von Nahrungskrisen und bewaffneten Konflikten hin. In mehr als der Hälfte der weltweit 37 Staaten, in denen aktuell Hungerkrisen drohen oder herrschen, seien Kriege der Hauptgrund. Nigeria etwa habe bald die drittgrößte Bevölkerung der Erde und würde durch ein Erstarken der islamistischen Miliz Boko Haram »in Flammen stehen«, sagte Müller. »Stellen Sie sich vor, welche dramatischen Auswirkungen das für uns alle hätte«, so der Minister: »Afrikas Zukunft bestimmt auch unsere Zukunft.«

Migration aber ist nicht auf bewaffnete Konflikte, Armut, Hunger oder Erderwärmung reduzierbar. Sie ist eine anthropologische Konstante und eine Normalität der Globalisierung. Unter der Migrationsabwehr leiden in erster Linie die Migranten. Die EU aber fühlt sich als das eigentliche Opfer. Hier heißt es: Das Boot ist voll. In Afrika wird Migration dagegen als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet.

Nur wenige Länder Afrikas lassen sich deshalb bislang von Europa vereinnahmen. Zu wichtig ist Migration für sie.

Afrika hat eigene Vorstellungen von seiner Zukunft formuliert, vor allem im Kontext der Afrikanischen Union (AU) und ihres 50-Jahr-Plans, der sogenannten Agenda 2063, die sie im Jahr 2013 als Zukunftsvision formuliert hat.

Sie will mehr Integration und mehr Migration: Alle Afrikaner sollen innerhalb des Kontinents visumfrei reisen und arbeiten können. Es soll einen gemeinsamen afrikanischen

Reisepass geben. Gerade hier fallen europäische und afrikanische Interessen auseinander: Der Wunsch nach mehr Grenzkontrollen ist mit dem Wunsch nach echter innerafrikanischer Freizügigkeit unverträglich. Europa ignoriert das – und formt Afrika so einmal mehr nach seinen eigenen Wünschen und Vorstellungen.

In den Monaten, in denen dieses Buch fertiggestellt wurde, hat sich die Entwicklung stark beschleunigt. Die Krise im Mittelmeer spitzte sich zu und fast wöchentlich fassten die EU oder europäische Staaten neue Beschlüsse, um die Ankunft von Flüchtlingen und Migranten einzuschränken. Die in diesem Buch beschriebenen Prozesse haben sie so weitergetrieben, die von uns aufgezeigten grundlegenden Probleme, vor allem die unterschiedlichen Auffassungen von europäischer und afrikanischer Seite zur Zukunft von Migration, bleiben bestehen.

Berlin, Kampala, Oktober 2017

TEIL I

DIE SCHLIESSUNG DER GRENZEN

Unsere Partner Mutmaßliche Kriegsverbrecher

»Ich sage es ganz klar: Wir sind von den Flüchtlingen nicht gefährdet, denn die Menschen wollen ja nach Europa«,¹ erklärt der Kommandant von Sudans Spezialeinheiten RSF (Rapid Support Forces) im August 2016 auf einer Pressekonferenz in der Hauptstadt Khartoum. Stolz präsentiert er der Presse über 800 verhaftete »illegale Migranten«: Eritreer, Äthiopier und Sudanesen; darunter Frauen und Kinder. Wie Vieh sind sie auf der Ladefläche von Lastwagen vom Gefängnis zur Pressekonferenz gekarrt worden. Sie waren auf dem Weg nach Europa, als die RSF sie aufgriff. »Also arbeiten wir stellvertretend für Europa«, erklärt Generalmajor Mohammed Hamdan Daglo in die Kameras.

Berühmt und berüchtigt ist Daglo unter dem Kriegsnamen »Hametti«. Sudans oberster Grenzschützer ist mutmaßlicher Kriegsverbrecher mit blutiger Vergangenheit. Hamettis Onkel ist Chef eines der Clans in der Bürgerkriegsregion Ost-Darfur, die traditionell als Kamelhirten und Händler bewaffnet in den Grenzgebieten der Wüste umherziehen. Seine Reitermiliz wurde 2003 von Sudans Regime als Stoßtrupp aufgestellt, um die Rebellen in Ost-Darfur zu bekämpfen. Bekannt als Janjaweed, wird Hamettis Miliz von internationalen Menschenrechtsorganisationen für grausame Verbrechen verantwortlich gemacht.² Ihr Name ist Programm: Übersetzt bedeutet er »berittene Teufel«. UN-Ermittler präsentierten Beweise für Folter, Vergewaltigungen und Massenhinrichtungen.³

Im Sudan selbst gilt Hametti als Held. Erst im April 2016, kurz vor den Wahlen, befördert Sudans Präsident Omar al-Bashir ihn zum Generalmajor und verteilt Tapferkeitsmedaillen an dessen Kämpfer. Hametti hatte im Bürgerkrieg in Darfur den entscheidenden Sieg erzielt: die Zerschlagung der Rebellengruppe JEM (Justice and Equality Movement). Während Bashir von der Ladefläche eines Pick-ups herab seine Lobrede auf Hametti hielt, verrotteten im Hintergrund aufgedunsene Leichen im Wüstensand.⁴ Amnesty International schreibt im Darfur-Bericht 2016 von Giftgasanschlägen der Regierung gegen die eigene Bevölkerung – vergleichbar mit dem Regime in Syrien.⁵ Bereits 2009 stellte der Internationale Strafgerichtshof gegen Präsident Bashir einen ersten Haftbefehl aus, der zweite folgte ein Jahr später. Der Vorwurf: Völkermord in Darfur.⁶

Hametti erledigt auch in den anderen Bürgerkriegsgebieten Süd-Kordofan und Blue Nile für Bashir die Drecksarbeit. 2013 gingen seine Einheiten in der Hauptstadt brutal gegen Demonstranten vor. Er gilt als persönlicher Garant von Bashirs Macht und brüstet sich damit. 2014 stellte er sich in seinem Hauptquartier in Darfur vor die Kameras des australischen TV-Senders ABC.⁷ Seine Kämpfer präsentierten schwere Waffen. Gegenüber der im Sudan geborenen ABC-Journalistin Nima Elbagir rühmte er sich, er habe 2006 Präsident Bashir persönlich getroffen. Von ihm empfangen er seitdem direkt seine Befehle. 2013 wurde seine Miliz als Grenzwächereinheit vom Geheimdienst NISS (National Intelligence and Security Service) übernommen, der sich bemühte, die Grenzen zwischen Darfur und dem Nachbarland Tschad unter Kontrolle zu bekommen, um den JEM-Rebellen die Rückzugswege abzuschneiden. Hametti heuerte dazu seine Verwandten an. Dafür fordert er Pfründe: Macht, Einfluss und vor allem Ausrüstung.⁸

Sudans Geheimdienst NISS darf seit der jüngsten Verfassungsänderung 2015 eigene Truppen unterhalten. Laut Artikel 151 ist er jetzt nicht mehr nur für die »Überwachung der Grenzen und Bekämpfung von Schmugglern« durch das

»Sammeln von Informationen« zuständig, sondern wird als eigenständiges Organ der Armee gleichgestellt.⁹ Im Januar 2017 verabschiedete Sudans Parlament ein Gesetz, das die mittlerweile 30 000 RSF-Soldaten unter direkten Befehl von Präsident Bashir stellt und die Truppen offiziell in die Armee integriert.¹⁰ Hametti wird so auch formell zum persönlichen Handlanger Bashirs. Seine RSF ist besser ausgestattet als die regulären Streitkräfte. Sie ist für die Überwachung der strategisch wichtigen Grenzen zu Libyen, Ägypten und dem Tschad zuständig.¹¹ Dazu gehört auch der Feldzug gegen die Migranten. Im Januar 2017 verhaftete er erneut 1500 Menschen bei ihrer Flucht über die Grenzen.¹²

Aus der Sicht des Regimes sind vor allem Flüchtlinge aus Darfur Staatsfeinde. Denn das Chaos in Sudans nördlichem Nachbarland Libyen hat auch Rebellen aus Darfur angelockt. Der Handel mit Gold aus ihrer Heimat hat sie reich gemacht. Sie rekrutieren jetzt zunehmend Flüchtlinge aus Darfur, die auf dem Weg nach Europa Libyen passieren, und rüsten sich entlang der Grenze gegen Sudans Regierung. Dagegen soll Hametti einen Puffer errichten und versuchen, die Flüchtlinge einzufangen, bevor sie dem Feind als Rekruten in die Hände fallen. Dafür versucht er, im Grenzgebiet eine Koalition mit der libyschen Miliz Libya Dawn einzugehen, die im Übergangsrat in der libyschen Hauptstadt Tripolis sitzt und vom Sudan und Katar unterstützt wird.

In der erwähnten Pressekonferenz im August 2016 erklärt Hametti vor internationalen Reportern: Bei der Festnahme der 800 Migranten wurden 25 seiner Soldaten getötet, 315 verletzt, und 151 Autos habe er verloren. »Bei unserem Kampf gegen illegale Migration haben wir schwere Verluste hinnehmen müssen, unsere Fahrzeuge wurden zerstört, während wir durch die libysche Wüste Jagd gemacht haben, dennoch hat uns bislang niemand dafür gedankt«,¹³ beklagt er sich. Adressiert ist diese Äußerung an die EU, von der er mehr Dankbarkeit in Form von Ausrüstung erwarte.

Merkel entdeckt Afrika

»Das Wohl Afrikas liegt im deutschen Interesse«, verkündet Bundeskanzlerin Angela Merkel im Oktober 2016, bevor sie ins Flugzeug steigt. Auf ihrem Reiseprogramm stehen Mali, Niger, Äthiopien – drei Länder in drei Tagen. Der Auftakt zu einer neuen Afrika-Politik.

Als Merkel am 9. Oktober 2016 zum ersten Mal für wenige Stunden malischen Boden betritt und dem dortigen Präsidenten Ibrahim Boubacar Keïta auf dem Rollfeld des Flughafens der Hauptstadt Bamako die Hand schüttelt, betont sie neben Sicherheit und Stabilität den »Schutz der Grenzen« als gemeinsames Ziel.¹⁴ Am Tag darauf, im benachbarten Niger, besucht sie ein Auffanglager der UN-Agentur IOM (International Organization for Migration) nahe der Hauptstadt Niamey. Durch den Wüstenstaat führt die wichtigste Route für Migranten aus den west- und den zentralafrikanischen Ländern in Richtung Mittelmeer. Für viele endet die Reise nach Europa in diesem Camp, das mit europäischen Geldern unterhalten wird. Merkel hat eine Botschaft an die Afrikaner. Sie warnt vor falschen Vorstellungen: »Oft nehmen besonders junge Menschen einen lebensgefährlichen Weg in Kauf, ohne zu wissen, was sie erwartet und ob sie überhaupt bleiben können«,¹⁵ sagt sie am Tag darauf in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba, kurz nachdem sie feierlich das neue Gebäude des AU-Sicherheitsrates eröffnet hat, das mit deutschen Geldern finanziert worden ist.

Fünf Jahre lang war die Kanzlerin nicht in Afrika gewesen. So wirkt es im Jahr 2016, als habe die Bundesregierung den südlichen Nachbarkontinent neu entdeckt. In den Monaten zuvor hatte Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) Eritrea, Ruanda, Senegal, Benin und Togo besucht und afrikanische Partner nach Berlin geladen. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) war im April 2016 nach Mali aufgebrochen und hatte deutsche Soldaten in der UN-Friedensmission MINUSMA besucht. Auch Außenminister Frank-Walter

Steinmeier (SPD) reiste 2016 vermehrt nach Afrika, im Oktober 2016 war er in Nigeria.

Kurz nach ihrer Rückkehr empfängt Merkel zwei weitere afrikanische Staatschefs im Kanzleramt: Idriss Déby, als erster Präsident Tschads in Deutschland zu Gast, sagt: »Ich hoffe, dass die Tür jetzt offen ist und wir oft nach Berlin kommen werden.«¹⁶ Wenige Tage darauf heißt Merkel Muhammadu Buhari willkommen, den Präsidenten Nigerias. Das bevölkerungsreichste Land Afrikas zählt zu den engsten Partnern auf dem Kontinent. Nigerianer stellen innerhalb der EU fast die meisten Asylanträge, direkt nach den Eritreern. Deutschland wolle für junge Nigerianer »vor Ort Zukunftsperspektiven schaffen«, betont Merkel. Gemeint sind Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten und mehr Engagement deutscher Unternehmen in Nigeria – heute ist das Fluchtursachenbekämpfung. Wer auswandert, werde es hingegen schwerer haben, warnt die Kanzlerin. In diesem Monat begannen Verhandlungen zwischen Nigeria und der EU-Kommission über ein Rückführungsabkommen für illegal eingereiste Nigerianer.¹⁷

So viel Afrika in Berlin – das ist kein Zufall. Nur knapp zehn Tage nach Merkels Reise tagen in Brüssel die EU-Mitgliedstaaten. Ihr Hauptdiskussionspunkt: Migration, der Schutz der EU-Außengrenzen sowie die Reform des EU-Asylrechts. Im Fokus stehen die neu konzipierten »Migrationspartnerschaften« zwischen der EU und afrikanischen Ländern. Dafür hat die Europäische Kommission zunächst fünf Partnerländer ausgesucht: »Zusammen mit Niger, Nigeria, Senegal, Mali und Äthiopien will die EU die Fluchtursachen bekämpfen. Nach vier Monaten der Umsetzung sind erste operative Ergebnisse vor Ort sichtbar«, heißt es in einer EU-Pressemitteilung: »Zudem konnte der Nothilfefonds für Afrika mit der Umsetzung von 24 Projekten erste Erfolge verzeichnen, sodass die EU-Kommission den Mitgliedstaaten eine Aufstockung um 500 Millionen Euro vorgeschlagen hat.«¹⁸

Die Migrationspartnerschaften sind nur der nächste Schritt

in einer breit angelegten EU-Politik gegenüber Afrika, bei der kaum mehr jemand durchblickt: Agenda für Migration, Afrika-EU-Partnerschaftsrahmen, Aktionsplan für Migration, Aktionsplan Rückkehr, Marshallplan mit Afrika, Compacts mit Afrika, Valletta-, Khartoum-, Rabat-Prozess. Es ist ein Labyrinth bedruckter Seiten, doch die Konzepte haben im Wesentlichen ein gemeinsames Ziel: die Migration vom südlichen Nachbarkontinent zu stoppen.

Mit ihrem Aktionismus verpasste Merkel der neuen EU-Afrika-Politik von vornherein eine deutsche Handschrift, genauer: ihre Handschrift. Die Dringlichkeit hat auch mit dem anstehenden Wahlkampf zur Bundestagswahl im Herbst 2017 zu tun. Niedrige Flüchtlingszahlen helfen der Bundeskanzlerin bei der Wiederwahl. Die Willkommenskultur hatte gerade einmal ein Jahr lang gehalten.

Die Abkommen zwischen der EU und afrikanischen Staaten zielen vor allem auf eine bessere Kontrolle der afrikanischen Grenzen, die im 19. Jahrhundert von den europäischen Großmächten auf dem Reißbrett gezogen wurden. So sollen Migrant*innen erst gar nicht mehr bis ans Mittelmeer vorstoßen. Die EU kauft sich Afrikas Staatschefs als Türsteher ein. Wer es trotzdem nach Europa schafft, soll sofort wieder abgeschoben werden können – selbst in Länder wie dem Sudan, Eritrea oder Äthiopien, wo autoritäre Regime an der Macht sind.

In einem Drahtbericht des Auswärtigen Amtes ist von »maßgeschneiderten Länderpaketen« die Rede, »die unter keinen Umständen an die Öffentlichkeit gelangen dürften«. Der Grund: »Der Ruf der EU stehe auf dem Spiel, wenn sie sich zu stark mit dem Land engagiere.«¹⁹ Gemeint ist in diesem Fall der Sudan.

Ob Äthiopien, Eritrea, Sudan, Somalia, Niger, Tschad, Mali, Gambia, Senegal, Ghana, Elfenbeinküste, Tunesien, Algerien, Marokko und Nigeria – für all diese Regierungen hat die EU seit 2016 solche »maßgeschneiderte Länderpakete« in der Schublade. Es sind Strategiepapiere für Rückführungsabkommen, die

die EU mit ihren afrikanischen Partnern verhandelt. Ziel ist es, die Zahl der Abschiebungen zu erhöhen. Erleichterungen im Bereich Arbeitsmigration für Afrikaner könne man nicht anbieten – dafür sei die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu angespannt, heißt es in einem weiteren Drahtbericht des Auswärtigen Amtes.²⁰ Damit wird das Versprechen der Kanzlerin auf den Kopf gestellt: Das Wohl Deutschlands liegt vielmehr in Afrikas Interesse.

Wenige Tage bevor die Bundeskanzlerin von West- nach Ostafrika jettete, versammeln sich vor dem Gebäude der EU-Kommission am Brandenburger Tor in Berlin einige Dutzend Äthiopier, Eritreer, Sudanesen, Malier und Nigerianer, um gegen Merkels neue Afrika-Offensive zu demonstrieren. Ein Schlauchboot wird aufgepumpt, theatralisch aus Ziegelsteinen eine Mauer gebaut. »EU: kein Pakt mit Kriegsverbrechern!« steht auf einem Spruchband mit dem Logo der Gesellschaft für bedrohte Völker, die die Demonstration organisiert hat.²¹ »Stoppt den Völkermord in Äthiopien und im Sudan«, ist auf einem weiteren Plakat zu lesen, das zwei Äthiopier von der Ethnie der Oromo hochhielten. Nur einen Tag vor Merkels Äthiopien-Reise verhängt die dortige Regierung den Ausnahmezustand und schaltet das Internet ab. Beim traditionellen Erntedankfest der Oromo-Volksgruppe war es zu Protesten gekommen, die von Polizei und Militär brutal niedergeschlagen wurden. Zahlreiche Menschen starben: 52 nach Regierungsangaben, über 500 nach Angaben von Oppositionellen.

»Die Unterstützung von Diktatoren in Äthiopien führt nicht zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen, sondern fördert Flucht und Verbrechen gegen die Menschlichkeit«, mahnt Seyoum Habtemariam, Vorsitzender des Äthiopischen Menschenrechtskomitees in Deutschland, durch ein Megafon. Die Demonstranten zollen Beifall. Einige haben Masken gebastelt: mit den Gesichtern der Bundeskanzlerin sowie von Sudans Präsident Bashir. Beide Maskierte schütteln sich die Hand: »Kein Pakt mit Kriegsverbrechern!«, skandieren die Demonstranten.